

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Landkreis Wittenberg

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Landkreis Wittenberg!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohndes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückner über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Engagiert für den Sport und für bürgernahe Politik

Uwe Loos kandidiert erneut im Wahlkreis 24 – Wittenberg – und bringt kommunalpolitische Erfahrungen ein



2011 kandidierte ich erstmals für den Landtag und zog über die Landesliste ein. Seit 1990 bin ich im Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg und seit 2014 auch im Kreistag tätig. Den Umgang mit den Menschen habe ich quasi von der Pike auf gelernt. Ich bin in der Lutherstadt Wittenberg geboren, habe nach der Schule eine Ausbildung zum Heizungsinstallateur absolviert und bin dann zur Offiziershochschule gegangen. Nach dem Besuch der Bezirksparteischule war ich Mitarbeiter der SED-Kreisleitung, 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung und Mitarbeiter bei »Jugendtourist«. Dann kam die Wende.

Kommunalpolitische Erfahrungen weiter einbringen

In den vergangenen 25 Jahren habe ich mich auf die Kommunal-, Sport- und Behindertenpolitik spezialisiert. In der Ausschussarbeit im Stadtrat sammelte ich meine kommunalpolitischen Erfahrungen, habe einige Zeit den Umwelt- wie auch den Finanzausschuss der Stadt geleitet. Heute bin ich Vorsitzender des Gesundheits- und Sozialausschusses im Kreistag. Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Kommunen werden immer komplizierter. Trotzdem werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass die kommunalen Abgeordneten mehr Spielräume zur Sicherung der Daseinsvorsorge bekommen. Dafür müssen die Kommunalfinanzen in der EU, im Bund und auch im Land neu geordnet werden. Es kann nicht sein, dass den Landkreisen und Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen werden, aber die dazugehörigen Finanzen ausbleiben. Das wird ein Arbeitsfeld für mich bleiben, wenn ich erneut in den Landtag gewählt werde.

Keine Entscheidungen vom Schreibtisch aus

Ich habe wichtige Erfahrungen in verschiedenen Ausschüssen gesammelt. Einer Maxime bin ich immer gefolgt: keine Entscheidungen vom Schreibtisch aus treffen, sondern sich vor Ort ein Bild machen, mit allen

Beteiligten reden und erst dann entscheiden. Das ist eine zusätzliche, aber wichtige und richtige Arbeit, die ich nicht missen möchte, denn sie zeigt u. a., dass beschlossene Gesetze das eine und deren praktische Umsetzung vor Ort das andere sind. In den kommunalen Gremien stehen die Landesgesetze auf dem Prüfstand. Als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sowie als Mitglied im Finanzausschuss habe ich das oft zu spüren bekommen, ich nenne nur das Kinderförderungsgesetz, die Aufnahme von Flüchtlingen oder das Finanzausgleichsgesetz. Bei der Evaluierung der Gesetze will ich auch künftig meine Erfahrungen einbringen und Änderungen einfordern. Deshalb werde ich auch die Kombination Stadtrats-Kreistags-Landtagsarbeit fortsetzen, dadurch bin ich ein wichtiger Ansprechpartner über Parteigrenzen hinweg geworden.

Ein Sportfördergesetz mit auf den Weg gebracht

Auch als sportpolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich einiges erreicht. Hier half mir ebenfalls meine umfangreiche Erfahrung in diesem Bereich, u. a. als langjähriger Nachwuchstrainer der G- und F-Jugend des SV Einheit Wittenberg e. V. Sehr schnell habe ich die Kontakte zu den Vereinen, Verbänden und zum Landessportbund geknüpft, mich außerparteilich, aber auch innerparteilich über die Landesarbeitsgemeinschaft Sport bei der Landtagsfraktion mit den Städten und Landkreisen abgestimmt und entsprechende Selbstbefassungs- und Änderungs-

anträge eingebracht. Das im Dezember 2012 beschlossene Sportfördergesetz (SportFG) trägt auch unsere Handschrift. Mit diesem Gesetz ist die Sportförderung in Sachsen-Anhalt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Dass die Sportförderung des Landes seitdem immer wieder in die Kritik gerät, liegt insbesondere in der Tatsache begründet, dass Landesregierung und Koalition die Ausgaben des Landes für die Sportförderung erheblich reduzierten. Gab Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 noch mehr als 26,3 Millionen Euro für den Sport aus, sollten es laut Haushaltsplan im laufenden Jahr nur noch rund 19,8 Millionen Euro sein. Diese Politik ist eine schwere Hypothek für zahlreiche Sportstätten in unserem Land, bei denen sich ein riesiger, über viele Jahre angestauter Investitionsbedarf zeigt. Die mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen, zusätzlichen Mittel zur kommunalen Sportstättenförderung überzeugen angesichts der Fülle nötiger Investitionen wenig, sind aber ein richtiger Schritt. Ich werde mich auch zukünftig für die Beibehaltung der unentgeltlichen Nutzung der kommunalen Einrichtungen für den Vereins- und Breitensport einsetzen. Außerdem muss jedem Kind die Möglichkeit geboten werden, im Verein aktiv zu sein – egal welcher sozialen Herkunft es ist.

Das Prinzip des Dazugehörens

Auch die Behindertenpolitik wird weiter ein Schwerpunkt meiner Arbeit als Landtagsabgeordneter der LINKEN sein. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein Meilenstein nicht nur für die emanzipatorische Behindertenbewegung. Sie nimmt von Sonderregelungen Abstand, denn diese sind problematisch, weil sie sich häufig auf das Trennende, das »Aussondernde« konzentrieren und nicht auf das Verbindende. In der Konvention waltet das Prinzip des Dazugehörens. Nicht Menschen mit Behinderung müssen sich anpassen, sondern die Gesellschaft ist ver-

pflichtet, alle Voraussetzungen für die volle und selbstbestimmte Teilhabe aller Mitglieder, also auch derer mit schwersten Beeinträchtigungen, zu schaffen. Als zukünftiger Landtagsabgeordneter und Kommunalpolitiker werde ich mich für die Umsetzung dieser Charta im Land und in den Kommunen einsetzen. Dies bedarf weiterer Änderungen in vielen Bundes- und Landesgesetzen.

Für Projekte selbst aktiv

Ebenso selbstverständlich ist es für mich, monatlich kulturelle, soziale und sportliche Projekte finanziell zu unterstützen. Ich laufe als »Alte-Herren«-Fußballer im stadtbekanntem Benefiz-Team, in der Landtagsauswahl oder als Schiedsrichter bei Turnieren auf, setze mich für weitere soziale Projekte ein, wie die deutsche José Carreras Leukämie-Stiftung e. V. und den Erhalt der KZ-Gedenkstätte Schloss und Gedenkstätte Lichtenburg. Des Weiteren zahle ich monatlich 300 Euro in den Solidarfond der Landtagsfraktion ein, der ebenfalls solche Projekte unterstützt.

Sportliches Ehrenamt

2012 wurde ich zum Präsidenten des Kreissportbundes Wittenberg gewählt. Gemeinsam mit dem gewählten Vorstand und dem Team der Geschäftsstelle unterstützen wir die Sportler und Sportlerinnen, die Übungsleiter und Übungsleiterinnen und die Vereine bei ihrer Tätigkeit. Neben den turnusmäßigen Vorstandssitzungen und Gesprächen mit Verantwortlichen stehen, meistens an den Wochenenden, Besuche von Vereinen und Sportveranstaltungen in meinem vollen Terminkalender. Mit der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist ein neues Arbeitsfeld hinzugekommen. Im Landkreis Wittenberg gibt es viele Sportvereine, die Asylsuchende und Flüchtlinge betreuen, mit ihnen Deutsch lernen, ihnen Schnupperkurse anbieten und sie in den Trainings-, Wettkampf- und Spielbetrieb integrieren. Einige von ihnen sind bereits als Übungsleiter bzw. Trainer tätig. Vereinsmitglieder begleiten die Flüchtlinge zu den Ämtern, richten gemeinsam die Wohnungen ein und fahren mit ihnen zum Bundesligaspiel von Hertha BSC, dem Partnerverein der Lutherstadt Wittenberg. Dass diese engagierte Vereinsarbeit Anerkennung findet, zeigt u. a. die Auszeichnung des Oranienbaumer SV Hellas 09 e. V. mit dem Förderpreis »Sterne des Sports« in Silber. Das nenne ich wirkliche Integration.



Naturparks, Umweltbildung und Tourismus

Naturparks sollen der Erholung und – unter Beachtung des Naturschutzes – einem umweltgerechten, nachhaltigen Tourismus dienen. Durch den Landkreis Wittenberg verlaufen länderübergreifend zwei Naturparks, der Naturpark Dübener Heide nach Sachsen hinüber und der Naturpark Fläming über die Landesgrenze nach Brandenburg. Beide werden, wie alle Naturparks in Sachsen-Anhalt, durch unsere Landesregierung sehr stiefmütterlich behandelt. Es gibt zu wenig Mittel für die Sanierung der Wanderwege, deren Kennzeichnung und für die Pflege der Parks. Eine ansprechende Vermarktung für den Tourismus oder umfassende Förderung für den Bereich der Natur- und Umweltbildung vor Ort ist ausbaufähig. Dies muss sich gerade auch für eine positive regionale Entwicklung ändern. Und daran werden wir arbeiten, so wie wir bereits aus der Opposition heraus immer wieder einen anderen Umgang mit Naturparks angemahnt und Vorschläge unterbreitet haben.

Tour durch die Wahlkreise

Unsere Landtagskandidatinnen und -kandidaten Mareen Kelle, Frank Hoffmann und Uwe Loos werden gemeinsam vom **29. Februar bis 12. März 2016** durch die Wahlkreise touren. An Infoständen, Schulen, in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie bei Vereinen und Verbänden möchten sie mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, sich und ihre Wahlziele vorstellen. Natürlich gibt es am 8. März Frauentagstourtermine. Die Termine sind auf den Homepages www.frank-hoffmann-mdl-isa.de, www.mareenkelle.de und www.uweloos.de nachzulesen bzw. der lokalen Presse zu entnehmen.





Schulen und Kitas im Verbund

Eine Grundvoraussetzung für die Ansiedlung oder das Bleiben junger Familien bildet eine gute Ausstattung mit Kindertagesstätten und Schulen in unserer Region. Dies ist nach den derzeitigen Verfahrenswesen nur schwer möglich. Eine gemeindeübergreifende Versorgung in Verbundsystemen stellt sich oft als sinnvoller dar, damit auch in schwach besiedelten Regionen und unabhängig von Gemeindegrenzen qualitativ gute Einrichtungen erhalten bleiben. Die müssen ausgestattet sein mit ausreichend qualifiziertem Personal. Nur so kann ein umfassendes Betreuungsangebot für gute Bildung bereits im Kleinkindalter oder in den Schulen gewährleistet werden. Wir brauchen kurze Anfahrtswege für Schülerinnen und Schüler, so dass die Zeit nach dem Unterricht eher in Vereinen genutzt werden kann, als im Bus zu sitzen und Zeit verschenken zu müssen.

Eine Politik, die unsere Lebensgrundlagen schützt und ausbaut

Gemeinsam an Zielen arbeiten, die uns allen nützen und unser Land voranbringen

Mein Name ist Mareen Kelle, ich bin 1981 in Wittenberg geboren und kandidiere im Wahlkreis 25 für die Partei DIE LINKE zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016.

Meine bisherige kommunalpolitische Tätigkeit, aber auch meine beruflichen und familiären Erfahrungen haben mir gezeigt, dass die derzeitige Landesregierung von Sachsen-Anhalt wertvolle Ressourcen unseres Bundeslandes vergeudet und junge Menschen aus dem Land treibt. Ein funktionierendes Gesamtkonzept für eine positive Weiterentwicklung unseres Bundeslandes wie auch für unseren Landkreis ist für mich nicht erkennbar.

Die wirtschaftlichen Strukturen in der Region sind vielfältig geprägt. Es gibt die Landwirtschaft, den Tourismus, kleine und mittelständische Unternehmen und auch Industriebetriebe. All diese Bereiche müssen gleichermaßen unterstützt, gefördert, aber auch gefordert werden, um für unsere Region und die hier lebenden Menschen die bestmögliche Wertschöpfung zu erhalten.

Um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und die Dörfer und kleineren Städte wieder attraktiv zu gestalten, bedarf es vieler Bedingungen, die stimmen müssen und die unter den letzten Landesregierungen massiv eingeschränkt oder abgebaut worden sind. Kinder sind die wertvollste Ressource in unserem Leben. Deren Bildung beginnt bereits im Kindergarten. Hier werden schon wichtige Grundlagen für ihren weiteren Lebensweg geschaffen. Ein Besuch dieser Einrich-

tungen muss unabhängig vom Einkommen oder der Lebenssituation der Eltern ganztätig ermöglicht werden. Schulen und Kitas, auch in schwach besiedelten Regionen, müssen erhalten bleiben oder wieder geschaffen werden.

Wir brauchen Orte für die Gemeinschaft

Das Miteinander und der Zusammenhalt untereinander bilden die Lebensgrundlage in den Dörfern. Der Erhalt und die Einrichtung von Gemeindezentren oder -räumen, Sportanlagen, Jugendclubs, Spielplätzen und Einkaufsmöglichkeiten – nicht nur zur Versorgung, sondern für den täglichen Austausch und für Veranstaltungen – dürfen nicht der landespolitischen Kürzungspolitik zum Opfer fallen.

Dazu gehört auch eine Unterstützung und Entlastung der Vereine und der vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich ehrenamtlich engagieren und denen oft Hürden in den Weg gelegt werden. Feuerwehren, de-

nen es an Nachwuchs fehlt, weil junge Familien sich nicht mehr auf den Dörfern ansiedeln oder wegziehen, müssen der Vergangenheit angehören.

Mobilität ist für alle wichtig

Der Ausbau des ländlichen ÖPNVs auf Schienen und Straßen, bedarfsorientiert und sinnvoll nutzbar für die Bevölkerung, muss beginnen und zügig vorangetrieben werden. Wir brauchen ein Rufbussystem außerhalb der Kernzeiten, um die Dörfer und kleineren Städte nicht vom Leben abzukoppeln. Will man dies schaffen, müssen viele politische Entscheidungen der letzten Jahre rückgängig gemacht werden. Das werden und wollen wir auch tun, wenn wir dazu die Möglichkeit haben. Die ärztliche Versorgung auf dem Land muss gewährleistet sein.

Ebenso wichtig ist eine zeitnahe Versorgung im Rettungswesen, damit im Notfall die Erste Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger nicht zu spät kommt.

Um ihnen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen, muss die Arbeit der Landwirte, der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch Förderungen unterstützt werden. Dies gilt ebenso für jene Menschen, die im Tourismus arbeiten. Dafür möchte ich mich einsetzen. Es bedarf einer ökologisch verträglichen Bewirtschaftung von Wiesen, Feldern und Flüssen, eines ausgewogenen Hochwasserschutzes, eines besonderen Schutzes sowie der Unterstützung der Naturparks – für die Bürgerinnen und Bürger und mit ihnen.

Ich möchte gemeinsam mit den Menschen in unserem Sachsen-Anhalt für all diese Ziele arbeiten. Es gilt dabei auch, Kompromisse zu finden, um möglichst viele Menschen mitzunehmen und niemanden zurückzulassen. Wir haben die Möglichkeit, aus unserer Region »Ein Land zum Leben und zum Bleiben« zu gestalten. Diese Gelegenheit sollten wir nicht verstreichen lassen.

Ihre Mareen Kelle



Die Welt zu Gast in Wittenberg



Das Jahr 2017 wird für die Lutherstadt Wittenberg ein sehr ereignisreiches sein. Wir begehen nicht nur das 500-jährige Reformationsjubiläum, auch der Kirchentag findet hier statt. Etwa 350 000 Gäste werden erwartet. Die Vorbereitungen lau-

fen schon jetzt auf Hochtouren. Das Jubiläum hat große Bedeutung für die Stadt Wittenberg und für den gesamten Landkreis. Als Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg schlug, veränderte

das nicht nur die Kirche, sondern hatte Auswirkungen auf die Politik, die Wissenschaft, die Wirtschaft, die Kunst und die Kultur. Für das große Jubiläum im nächsten Jahr sind kirchliche und kulturelle Veranstaltungen geplant, Tagungen und große Ausstellungen. Die Welt wird in Wittenberg zu Gast sein, die Welt wird auf Wittenberg schauen.

Eine große Herausforderung! Auch für Jürgen Dannenberg und Horst Dübner von der Partei DIE LINKE. Jürgen Dannenberg wurde 2014 zum zweiten Mal als Landrat in Wittenberg mit einem sehr überzeugenden Ergebnis gewählt. Horst Dübner ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Wittenberg. Eine Herausforderung haben die beiden noch nie gescheut.

Ihr Credo ist, dass die Gäste sich in Wittenberg wohlfühlen, tolle Erlebnisse haben und viele gute Eindrücke mitnehmen sollen. Und dass sie hinterher, sagen: In Wittenberg haben sie ganz schön was geschafft, da

lässt es sich gut leben. Wir werden beide dabei ganz ausdrücklich unterstützen. Im Landkreis Wittenberg und in der Stadt Wittenberg ebenso wie im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Uwe Loos





Gerechtigkeitssinn und »Kümmerer-Gen«

Frank Hoffmann kandidiert im Wahlkreis 27, Dessau-Roßlau-Wittenberg

Frank Hoffmann ist ein stolzer Dessauer. Der heute 56-Jährige ist in der Region tief verwurzelt. »Ich lebe hier, weil ich hier meine familiären, sozialen und kulturellen Wurzeln habe«, betont er. Die Familie sei für ihn sehr wichtig, weil der Familienverband schwierige Situationen kompensieren könne. Gerade in Zeiten der Entsolidarisierung sei die Familie die wichtigste berechenbare Größe – so der Vater von drei Kindern. Frank Hoffmann wurde 1959 in der Bauhausstadt geboren. Stolz ist er auf seine alte Schule, das »Philanthropinum«, wo er sein Abitur erfolgreich ablegen konnte. »Mit unseren Traditionen sollten wir viel mehr wuchern.« Ob die Schule oder das Elternhaus schuld ist, dass Frank Hoffmann einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn hat, weiß er nicht zu sagen. Er sei eben so. Und dass er wohl von seinen Vorfahren ein »Kümmerer-Gen« geerbt haben müsse.

Markenzeichen für Dessau-Roßlau

Schon sein Großvater war Dessauer, betont er stolz, wenn er über seine Heimat spricht: Es gebe hier die Natur – die Flusslandschaften der Mulde und der Elbe. An dieser Stelle gerät der studierte Maschinenbauer richtig ins Schwärmen. Über das Bauhaus, das Theater, die Fahrradtouren durch die Landschaft, den Wörlitzer Park oder über einstige Betriebe kann er viel erzählen. Aber auch über Pionierleistungen wie die erste Flüssigtreibstoffrakete, die in Dessau getestet wurde, Dessau als Wie-



ge von Opel. Das alles mache das vielschichtige industrielle und kulturelle Erbe der Stadt aus. Junkers, Polysius, Weill, Moses Mendelssohn und Basedow



»sind Markenzeichen unserer Stadt. Wer zur kulturellen und Industriegeschichte – überhaupt zur Historie dieser Stadt und der sie umgebenden Region Zugang findet, wird gerade diesen Reichtum schätzen.« Doch er fügt hinzu: »Mir ist jedoch klar, dass nur der den Blick auf dieses Umfeld genießen kann, bei dem die persönliche soziale Situation es erlaubt.«

Ein Mann mit viel Alltagspraxis

Auch oder gerade deshalb ist für Frank Hoffmann DIE LINKE letztlich die Partei, die sich mit vielem beschäftigt, das mit den Worten sozial und gerecht zu beschreiben ist. »Und deshalb kandidiere ich wieder und möchte weiter für meine Region streiten«, kommt es kurz und knackig von dem vitalen 56-Jährigen. Die Region brauche weiterhin einen Abgeordneten der LINKEN im Landtag. Seit 1990 ist Frank Hoffmann politisch in Dessau tätig. Seit 1994 sitzt er im Stadtparlament seiner Stadt. Er ist Mitglied des Landesvorstandes und des Landesausschusses der LINKEN und aktuell Abgeordneter des Landtages, Sprecher für Verkehrspolitik.

Die Verkehrspolitik war für ihn Neuland, »aber einer muss sich ja bei der Aufgabenteilung in einer Fraktion um diese Themen kümmern«, sagt er pragmatisch. Bundesverkehrs-

wegeplan, ÖPNV, Radverkehrswegeplan, Landesstraßenbaubehörde, das sei wie ein neues Grundstudium gewesen.

Die Motivation für seine Kandidatur zum Landtag 2011 entsprang seinem beruflichen Alltag. Frank Hoffmann arbeitete bei einem großen Bildungsträger und bemühte sich redlich, für die dortigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Perspektiven zu eröffnen. »Insofern war meine Arbeit eigentlich auch immer begleitet von politischen Themen. Ich lebe Politik, ich führe ein politisches Leben«, sagt Frank Hoffmann. Nicht nur nach seiner Beobachtung wurden Betroffene durch die Agenturen und durch die Jobcenter in einen umfangreichen »Maßnahmentourismus« geleitet, wo man schnell erkennt, warum die offiziell gemeldeten Arbeitslo-



senzahlen nie wirklich die echten Zahlen sind. »Ja, es gibt Fachkräftemangel, aber wenn ich mir ansehe, wie viele, auch gerade junge Menschen entweder gar keine Arbeit bekommen oder auf befristeten Arbeitsverträgen sitzen, wenn ich sehe, dass es Lehrlinge gibt, die zwar ihre Prüfung bestehen und ihre Lehre erfolgreich abschließen und dann doch keine Anstellung bekommen, weil sie jetzt das Unternehmen richtig Geld kosten, dann verkommt diese Diskussion zur Farce.«

Viele Unternehmen suchten Menschen, die sozusagen willfährig sind, am besten Praktikanten oder Zeitarbeiter. Dass wir als LINKE solchen »Arbeitsmodellen« kritisch gegenüberstehen, ist klar. Was wohl die

beste Investition in Richtung Fachkräfte sei, fragt sich auch Frank Hoffmann. Eine ordentliche Berufsausbildung. Und für eine Berufsausbildung seien eine ordentliche Schulbildung und Berufsorientierung wichtig und Betriebe, die selbst ausbilden.

Flagge zeigen gegen Rechts

Sein Wahlkreis, das weiß auch Frank Hoffmann, hat es in sich. Aber er ist ein Kämpfer: »Ich habe Herrn Dr. Haseloff als Mitbewerber im Wahlkreis und den früheren Anhalt-Zerbster Landrat und ehemaligen Innenminister Herrn Hövelmann von der SPD. Dazu noch Conny Lüddeemann, die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt. Also an Konkurrenz durch Prominenz kein Mangel. Was mir aber Sorgen macht, sind die unverhohlenen rechts und teilweise sehr radikalen und extremistischen Parteien aus dem Spektrum NPD und AfD.« Und weil Frank Hoffmann ein Mann der praktischen Politik war und ist, setzt er Prioritäten. Wenn »rechts« meint, die Straße für sich zu vereinnahmen, dann heißt das für ihn »Aufstehen und gegenhalten.«

»Jetzt, da uns so viele Menschen erreichen, die vor rassistischer und religiöser Verfolgung und vor allem vor Krieg fliehen, meinen diese ewig Gestrigen, sich mit ihren Parolen und mit dem Schüren von Ängsten als politische Alternative empfehlen zu können. Aber das war schon einmal und wird wieder eine Sackgasse. Klar sind Menschen



verunsichert, wissen nicht von vornherein, wie wir das stemmen, aber die eigentlich Schuldigen sind die Waffenexporteure und die vermeintlichen Entwicklungshelfer, die sich letztlich an der Ausbeutung der dritten Welt beteiligt haben und an diesen Konflikten verdienen.«



Demokratie braucht Transparenz

Die Menschen vor Ort müssen einbezogen werden. Sie brauchen Antworten auf Fragen und Ansprechpartner, aber weder Sozialneid noch Hasstiraden. »Eine andere Politik als die Agenda 2010, konsequenter Mindestlohn ohne Hintertüren, Arbeitsmarktprogramme, die nachhaltigen Menschen in Arbeit bringen, und gerechte Steuern, dass auch Einkommensmillionäre etwas von ihrem Reichtum abgeben, den sie durch anderer Hände Arbeit einstreichen, da will ich hin.« Die Frage des jetzigen Ministerpräsidenten, wonach eventuell die Flüchtlinge unterhalb des Mindestlohnes beschäftigt werden könnten, spiele nur falschen Häschern von rechts in die Hände. »Gerecht geht anders.«

Aber bei allem, was uns politisch inhaltlich von den anderen demokratischen Parteien unterscheidet, hier sei der Schulterchluss von Demokraten gefordert, sagt Frank Hoffmann. Wer das demokratische System eigentlich ablehnt und trotzdem in das Parlament drängt, der habe etwas anderes vor, als die Interessen der Menschen zu vertreten. »Wo diese Blender auftreten, müssen wir Flagge zeigen!«



Unser Landkreis braucht eine andere Politik!

Mehr Luft zum Atmen für den Landkreis und seine Gemeinden fordert Jörg Schindler, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag

Landwirtschaft und Forst

Der ländliche Raum hält die Ressourcen für Landwirtschaft und Forst bereit. Auf diesen Bereichen sollte ein besonderes Augenmerk liegen, da sie gleichzeitig den Rahmen für ein Leben in diesen Gebieten bilden. Es darf nicht sein, dass Milchbauern weniger Geld für einen Liter Milch erhalten, als die Produktion kostet, dass Fleisch und Getreide als Grundnahrungsmittel verramscht werden. Es darf nicht sein, dass sich ein ökologisches Bewirtschaften von Ackerland, Wiesen und Wäldern als unattraktiv gestaltet. Ein nachhaltiges und schonendes Bewirtschaften in diesen Bereichen, eine zeitnahe Aufforstung in den Wäldern trägt dem Umweltschutz und der zukünftigen positiven Entwicklung unseres Lebensraumes bei. Die Einhaltung des Tierschutzes sollte selbstverständlich sein und nicht an Wirtschaftlichkeit scheitern.



Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Es ist für viele Ärztinnen und Ärzte unattraktiv, sich als Hausarzt im ländlichen Raum niederzulassen. Ein großes Problem stellt hier die Finanzierung durch die Sozialkassen dar. Dazu gehören Ärztabudgets, die bereits im ersten halben Jahr voll ausgeschöpft sind, und Behandlungsmethoden, die nicht verschrieben werden dürfen, auch wenn sie effektiver und am Ende zielführender sind und der Genesung des Patienten dienen. Dabei ließe sich landespolitisch so viel machen: durch die Förderung von fahrenden Landärztinnen und Landärzten, durch Anreize für Hausärztinnen und Hausärzte, sich mit Praxen im ländlichen Raum niederzulassen, oder durch zentral erreichbare Versorgungszentren kann eine ärztliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.

Im Kreistag bemühen wir uns als Linksfraktion von jeher um eine bürgernahe und sozial gerechte Politik. Wir sind seit vielen Jahren zweitstärkste Fraktion. Der Landrat Jürgen Dannenberg entstammt unseren Reihen. In vielen Punkten versuchen wir natürlich, über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg, zu sachgerechten und praktikablen Lösungen zu gelangen. Dabei gilt für uns, dass wir zu politisch umstrittenen Entscheidungen immer auch zunächst die Meinung der davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger einholen. So haben wir etwa bei der Neuordnung der Abfallentsorgung eine öffentliche Bürgeranhörung durchgeführt. Trotzdem bleibt die Erfahrung, dass sehr viele kommunale Entscheidungen bereits durch Landesregelungen extrem »eingeraht« sind. Das betrifft die Kreistagsmitglieder, die in vielen Bereichen tatsächlich kaum zwischen Alternativen wählen können. Hier bleibt uns häufig nur der Weg, zwischen mehreren schlechten Möglichkeiten zu entscheiden. Oder – was hinter allen Entscheidungen steht – die finanziellen Rahmenbedingungen lassen nur sehr geringe Spielräume für alternative Wege zu.

Beispiel Investitionen in Bildung

Der Landkreis ist beispielsweise für die Erhaltung und Sanierung von Schulen zuständig. Hier herrscht enormer Bedarf. Seit Jahren fahren wir die Infrastruktur im Bildungssektor auf Verschleiß: Praktisch ist für die notwendige Sanierung der Gebäude zu wenig Geld da. Der Landkreis ist hier auf zusätzliche Finanzen vom Land angewiesen. Doch die Prioritäten der Sanierung werden häufig – trotz entgegenstehender Beschlussfassung des Kreistags – auf Landesebene geändert. Das schafft Frust unter den kommunalen Mandatsträgern, denn so läuft die Demokratie vor Ort ins Leere.

Beispiel Kreisumlage

Im kommunalen Haushalt des Kreises setzt dieser auch die



sogenannte Kreisumlage fest. Das sind jene Anteile, die der Landkreis von den Gemeinden verlangt, damit er seinen Aufgaben – etwa bei Baugenehmigungen, PKW-Zulassungen, im Jugendamt, bei der Abfallentsorgung oder eben beim Erhalt der Schulen – nachkommen kann. Da die Kreise seit vielen Jahren vom Land zu wenig Geld für immer neue Aufgaben erhalten, müssen sie, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben, die Kreisumlage erhöhen – sich also das fehlende Geld von den Gemeinden holen. Denen fehlt dann aber dieses Geld für ihre eigene kommunale Aktivität vor Ort, bei der Vereins- oder etwa der Sportförderung. Deshalb, und weil wir als Kreistagsmitglieder ja auch selbst Bürgerinnen und Bürger sind, versuchen wir, derartige Umlageerhöhungen möglichst zu vermeiden. Gleichwohl erfolgt die Genehmigung des Haushalts des Landkreises häufig nur unter der Auflage, dass eben jene Kreisumlage weiter erhöht werden muss.

Beispiel Gebühren für Kindertagesstätten

Durch die Neuordnung der Betreuung in Kindertagesstätten im KiföG sind die Landkreise nunmehr für die Finanzierung der Kindertagesstätten zuständig geworden. Grundsätzlich begrüßen wir als LINKE, dass endlich durch die Landesregierung eine Forderung von uns umgesetzt wurde: Alle Eltern, unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit, haben einen Anspruch darauf, ihre Kinder in Vollzeit in einer Kita betreuen und dort mit anderen Kindern gemeinsam spielen und



lernen zu lassen. Jedoch bedeutet die durch die Landesregierung geänderte Zuständigkeit für die Landkreise, dass diese auf den Mehrkosten, die durch den neuen Vollzeitanspruch und durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels entstanden sind, förmlich sitzen bleiben. Das Land hat nämlich sein Versprechen, dass diese Mehrkosten übernommen werden, gerade nicht vollständig eingelöst und zudem durch die veränder-



te Zuständigkeit den Landkreisen den schwarzen Peter hierfür zugeschoben. So werden Landkreis und Gemeinden gegeneinander ausgespielt, denn diese sollen nunmehr schuld sein an Gebührenerhöhungen.

Beispiel Flüchtlinge

Es ist eine humanitäre Katastrophe, die sich derzeit durch Kriege auf der Welt entwickelt. Menschen sind dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und einen gefährlichen Weg auf sich zu nehmen, um anderswo wenigstens ein klein wenig Sicherheit zu finden. Oft werden sie dort aber ebenfalls angegriffen. DIE LINKE steht dazu: Flucht ist kein Verbrechen. Deshalb werden wir Verantwortung dafür übernehmen, dass Menschen aus Syrien oder etwa Eritrea, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen müssen, bei uns menschenwürdig aufgenommen werden und eine neue Heimat finden können. Im Landkreis haben wir die Unterbringung der Flüchtlinge deshalb seit 2012 durch eine Abteilung des Sozialamts wieder in die eigenen

Hände genommen. Ab 2016 wollen wir sie zu einem Bereich Asyl und Migration ausbauen. Menschlichkeit zu zeigen, sind wir den Flüchtlingen schuldig. Aber dies kostet auch Geld, das durch das Land jedoch nur unzureichend zur Verfügung gestellt wird. Es geht um Integration in Arbeitsmarkt, Schule und soziales Umfeld. Hierfür benötigen wir etwa 12.000 Euro pro Person und Jahr. Derzeit werden nur weniger als 10.000 Euro erstattet. So kann Flüchtlingsintegration vor Ort nur begrenzt gelingen.

Im Kleinen wie im Großen muss sich was ändern

Diese Beispiele zeigen: Wir LINKEN im Kreistag setzen uns ein. Wir kämpfen um jeden kleinen Schritt in die richtige Richtung. Wir machen Kompromisse – kleine und manchmal auch große. Mit beiden Beinen stehen wir auf dem Boden der Realität.

Das heißt aber auch, vor Ort nur durchsetzen zu können, was dem Landkreis gesetzlich und finanziell möglich ist. Zu oft sind uns diese Spielräume zu eng. Oder sie sind ganz falsch gesetzt. Das wollen wir verändern. Wir wollen den Kommunen, dem Landkreis und den Gemeinden wieder mehr Möglichkeiten für eigenes Engagement geben, mehr Entscheidungsbefugnis vor Ort, mehr Partnerschaft statt bloßer Verwaltung. Dazu brauchen wir andere Mehrheitsverhältnisse im Landtag und eine neue, andere Landesregierung. Eine Regierung, die der unsäglichen Bevormundung der Kommunen ebenso wie der Fördermittelvergabe nach Gutsherrenart ein Ende bereitet. Die mit dem Gegeneinanderauspielen sozialer Anliegen und mit der Arroganz gegenüber bürgerschaftlichem Engagement Schluss macht. Stattdessen braucht der Landkreis Wittenberg eine Landesregierung, die soziale Gerechtigkeit, Förderung der kommunalen Selbstverwaltung und Stärkung der demokratischen kommunalen Entscheidungsstrukturen ins Zentrum rückt.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



